Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2025/5143

28.10.2025

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Die Bedeutung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse für Wettbewerbsfähigkeit, sozialen Zusammenhalt und Demokratie in der Europäischen Union

(Initiativstellungnahme)

(C/2025/5143)

Berichterstatter: **Thomas KATTNIG**

Beraterinnen	Barbara SAK (für den Berichterstatter)
	Valeria RONZITTI (für Gruppe I)
Beschluss des Plenums	27.2.2025
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft
Annahme im Arbeitsorgan	24.6.2025
Verabschiedung im Plenum	16.7.2025
Plenartagung Nr.	598
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/ Enthaltungen)	175/3/12

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) fordert, die ganzheitliche Rolle der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) im Rahmen des europäischen Sozialmodells stärker anzuerkennen. Auch ihr potenzieller Beitrag zu einer nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit, zum sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt und zur Demokratie sollte gestärkt werden.

1.2. Der EWSA ruft dazu auf, im Gegensatz zum aktuellen, auf einzelne Bereiche ausgerichteten Vorgehen in der EU-Politik bei den DAI-Maßnahmen einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen, der der zentralen Bedeutung moderner DAI für die Förderung nachhaltigen Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit Rechnung trägt. Vor diesem Hintergrund fordert der EWSA die Kommission auf, tätig zu werden und konkrete Folgemaßnahmen zum Letta-Bericht in Form eines DAI-Aktionsplans vorzulegen.

1.3. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten auf, für einen universellen und gleichberechtigten Zugang zu erschwinglichen, hochwertigen grundlegenden Dienstleistungen zu sorgen. Dies ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, da DAI zu einem Preis bereitgestellt werden, der nicht von der Kaufkraft der Nutzer abhängt. DAI und die Infrastruktur, die für ihre universelle Bereitstellung erforderlich ist, haben große Bedeutung für die europäische Wirtschaft und das Wohlergehen. Auf ihnen fußt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staat und Gesellschaft, wodurch sie zum Zusammenhalt beitragen. Hierfür sind Reformen des Finanz- und Regelungsrahmens erforderlich. Die Finanzierung von DAI ist nicht als Konsumausgaben, sondern als Investition in die Zukunft zu sehen. Als Schlüsselelemente der Kohäsionspolitik und der langfristigen Sicherheits- und Krisenvorsorgestrategie benötigen die DAI eine angemessene und stabile Finanzierung.

1.4. Der EWSA stellt fest, dass in Ländern mit einer Strategie für Infrastrukturinvestitionen und ausreichend finanzierten Kosten für die Dienstleistungserbringung für hochwertige öffentliche Dienstleistungen die Bürger und Unternehmen geringere Lebenshaltungs- und Betriebskosten haben. Daher hält es der EWSA für notwendig, DAI angemessen zu finanzieren und zu verbessern und sie stärker auf die Bedürfnisse der Bürger abzustimmen, um deren Zufriedenheit und Vertrauen in die Demokratie zu erhöhen.

1.5. Bei Investitionen in öffentliche Dienstleistungen muss für ein regionales Gleichgewicht gesorgt werden. Daher verdienen öffentliche Investitionen insbesondere im Zusammenhang mit dem Kohäsionsfonds besondere Beachtung bei der Anwendung der Haushaltsregeln. Dabei sollte ihrem Beitrag zur langfristigen Konvergenz und Resilienz Rechnung getragen werden.

1.6. Im Zuge der Reform im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge sollte der Schwerpunkt hauptsächlich auf Vereinfachung und die Abkehr von einer Vergabe allein aufgrund des preislich niedrigsten Gebots zugunsten eines angemessenen Preis-Leistungs-Verhältnisses gelegt werden. Gleichzeitig sollten Anreize für soziale und Nachhaltigkeitskriterien auf der Grundlage der einschlägigen EU-Ziele geschaffen und der Zugang von KMU zum öffentlichen Auftragswesen verbessert werden, um die europäische Wirtschaft nachhaltiger und inklusiver zu gestalten.

1.7. Heutzutage zählen auch digitale Netze zu den DAI, die unerlässlich für die gesellschaftliche Teilhabe und die wirtschaftliche Entwicklung sind. Im Bericht über den Stand der digitalen Dekade 2025 wird auf den Reformbedarf der staatlichen digitalen Infrastruktur hingewiesen, um die Abhängigkeit von Dienstleistern aus Drittländern zu verringern und gleichzeitig insbesondere im Bereich der Konnektivität und der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen die Souveränität und Sicherheit der EU zu stärken.

1.8. Mit einem universellen Zugang und einer lokalen Verankerung wird wie erforderlich bei der Bereitstellung von DAI dem Grundsatz der Subsidiarität entsprochen, wodurch Mitbestimmung und Kontrolle durch die Bürger ermöglicht werden.

1.9. Der EWSA ruft dazu auf, im Gegensatz zum aktuellen, auf einzelne Bereiche ausgerichteten Vorgehen in der EU-Politik bei den DAI-Maßnahmen einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen. Vor diesem Hintergrund fordert der EWSA von der Kommission konkrete Folgemaßnahmen zum Letta-Bericht in Form eines DAI-Aktionsplans, der der zentralen Bedeutung moderner DAI für die Förderung nachhaltigen Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit Rechnung trägt.

1.10. Angesichts des umfassenden Aufgabenbereichs der DAI muss mit einem auf zuverlässigen Daten beruhenden forschungsgestützten Ansatz in einer Vielzahl von wirtschaftlichen Bereichen das übergreifende Potenzial und die Bedeutung der DAI bewertet werden. Dies erfordert eine regelmäßige Überwachung anhand von Statistiken, wobei hervorgehoben werden sollte, welch wichtigen strukturellen Beitrag die DAI in der aktuellen Polykrise zur Nachhaltigkeitswende leisten.

2. **Hintergrund**

2.1. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI), wie Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und Pflege von älteren Menschen, Bildung, Sozialdienste, Energie- und Wasserversorgung und öffentlicher Verkehr, sind ein Grundpfeiler der Wettbewerbsfähigkeit, des europäischen Sozialmodells und der demokratischen Teilhabe in Europa. Ihre Bedeutung geht weit über technische Dienstleistungen hinaus: Sie dienen dem Gemeinwohl, unterstützen die soziale Eingliederung, stärken das Vertrauen in staatliche Institutionen und fördern die Krisenvorsorge und die soziale Resilienz, insbesondere in Zeiten multipler Krisen.

2.2. Die Kommission sollte in ihrem neuen Plan, mit dem sie nachhaltigen Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit fördern will, u. a. mithilfe des Kompasses für Wettbewerbsfähigkeit und dem Deal für eine saubere Industrie, die zentrale Rolle moderner DAI anerkennen.

2.3. DAI spielen eine bedeutende Rolle in der europäischen Wirtschaft. Im Jahr 2021 erwirtschafteten die DAI eine Wertschöpfung von 3 721 Milliarden EUR in der EU-27, was 28,4 % der gesamten Wertschöpfung in der EU-27 entspricht. Zugleich stellten sie 31,1 % der Arbeitsplätze (65,2 Millionen Personen) in der EU-27 und machten 19,7 % (632,6 Milliarden EUR) aller im Jahr 2021 in der EU-27 getätigten Investitionen aus ([1]).

2.4. Die Kommission unterteilt DAI in drei Kategorien: wirtschaftliche, nicht wirtschaftliche und soziale DAI ([2]):

— **Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**, bei denen es sich um grundlegende, gegen Entgelt erbrachte Dienstleistungen handelt, die den europäischen Binnenmarkt- und Wettbewerbsvorschriften unterliegen. Es sind jedoch Abweichungen von diesen Vorschriften möglich, wenn dies zum Schutz des Zugangs der Bürgerinnen und Bürger zu grundlegenden Dienstleistungen erforderlich ist.

— **Nicht wirtschaftliche Dienstleistungen** wie die gesetzliche Sozialversicherung, die weder spezifischen EU-Rechtsvorschriften noch den Binnenmarkt- oder Wettbewerbsvorschriften unterliegen.

— **Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse**, die Dienstleistungen sind, die den Bedürfnissen der schwächsten Bevölkerungsgruppen Rechnung tragen und auf dem Grundsatz der Solidarität und des gleichberechtigten Zugangs beruhen. Sie können wirtschaftlicher oder nicht wirtschaftlicher Art sein.

([1]) Statistische Aktualisierung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) — Föderales Planungsbüro, Belgische Regierung — Mai 2024.

([2]) https://commission.europa.eu/topics/single-market/services-general-interest_de.

2.5. Hochwertige, erschwingliche und leicht zugängliche öffentliche Dienstleistungen und DAI sind nicht nur unverzichtbar, sondern auch ein nützliches Instrument, das Bürgern, Unternehmen und Staaten zugutekommt. Dies hat sich während der COVID-19-Krise und der durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ausgelösten Energiekrise gezeigt. Ohne die Organisationen der Zivilgesellschaft und die strukturierten sozialwirtschaftlichen Netzwerke hätten diese Krisen allerdings nicht überwunden werden können.

2.6. Öffentliche Dienstleister und die im DAI-Bereich tätigen Beschäftigten leisten wichtige Arbeit und stellen ihr Fachwissen zur Verfügung. Ihre Fähigkeit zu reagieren, um eine Schädigung der Umwelt zu vermeiden und positiv an den Klimawandel heranzugehen, ihr Handlungsspielraum und ihre Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl zugunsten der Allgemeinheit anstatt für den Shareholder Value einzusetzen, sowie ihre auf die Gegebenheiten vor Ort zugeschnittenen Lösungen machen sie zu einem „essenziellen" Teil der DAI.

2.7. Desinvestitionen bei öffentlichen Versorgungseinrichtungen und kollektiven Dienstleistungen haben langfristige Folgen. Die Behebung dieser Folgen wird auf lange Sicht immer nur noch teurer. Das Wohlergehen künftiger Generationen fußt in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft auf langfristiger Planbarkeit, starken öffentlichen Dienstleistungen und DAI. Dies gilt auch für nicht wirtschaftliche DAI. Da all diese Aspekte eine Rolle bei der Krisenvorsorge spielen, dürfen die Anstrengungen zur Bewältigung der aktuellen Sicherheits- und Verteidigungsprobleme nicht zulasten von den sozialen Zusammenhalt fördernden Dienstleistungen, der Bildung und des Wohlergehens der Menschen gehen.

2.8. In seinem Bericht zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit betont Mario Draghi die Bedeutung von DAI für Innovationskraft, nachhaltiges Wachstum, die wirtschaftliche Sicherheit Europas und die Krisenvorsorge in mehreren Bereichen wie z. B. Energieversorgung, Infrastruktur sowie allgemeine und berufliche Bildung. Besonders wichtig für die Gewährleistung einer dauerhaften Wettbewerbsfähigkeit sind die Qualifikationen und Kompetenzen der Arbeitnehmer. Im Letta-Bericht wird hingegen ein Aktionsplan für DAI gefordert, für die eine stabile Finanzierung notwendig ist.

2.9. Der Zugang zu DAI ist Teil der Grundrechte und der europäischen Säule sozialer Rechte. Während in Grundsatz 20 der europäischen Säule sozialer Rechte ausdrücklich die „essenziellen" DAI erwähnt werden, werden in weiteren ihrer Grundsätze wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge umrissen, wie z. B. Bildung, Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose, Kinderbetreuung und Langzeitpflege, Inklusion von Menschen mit Behinderungen und Gesundheitsvorsorge. DAI sind Bestandteil der gemeinsamen europäischen Werte im Sinne von Artikel 14 AEUV, wie sie im Protokoll Nr. 26 über DAI im Anhang zum EUV und zum AEUV sowie Artikel 36 der EU-Grundrechtecharta niedergelegt sind.

2.10. Umfragen zufolge sind durchschnittlich nur 54 % der Bürgerinnen und Bürger mit den erbrachten DAI zufrieden. Die Ergebnisse variieren in den einzelnen Mitgliedstaaten stark. In Luxemburg halten 94 % der Befragten die in ihrem Land bereitgestellten öffentlichen Dienstleistungen für gut, in den Niederlanden 86 % und in Österreich 78 %. Hingegen sind in Griechenland, Italien und Portugal jeweils 70 %, 63 % bzw. 58 % damit unzufrieden ([3]). In Ländern mit einer Strategie für Infrastrukturinvestitionen und ausreichend finanzierten Kosten für die Dienstleistungserbringung für hochwertige öffentliche Dienstleistungen haben die Bürger und Unternehmen geringere Lebenshaltungs- und Betriebskosten.

2.11. DAI haben eine Vorreiterrolle auf dem Weg zu einem kreislauforientierten Binnenmarkt. Allerdings fehlt es beim Recycling häufig an einheitlichen Normen, was recycelte Produkte teurer als Primärprodukte macht. Daher werden Anreize für die Hersteller gebraucht, damit diese Sekundärrohstoffe einsetzen. Mit harmonisierten technischen Normen und Standards sollte für eine recyclingorientierte Gestaltung der Produkte gesorgt werden.

3. **Allgemeine Bemerkungen**

3.1. DAI, eine tragende Säule der wirtschaftlichen Entwicklung, bieten ein solides Gerüst für die Wettbewerbsfähigkeit Europas, denn sie geben nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch allen Unternehmen, Organisationen und öffentlichen Einrichtungen Zugang zu den essenziellen Dienstleistungen, die für den sozialen, territorialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt, aber auch für das Funktionieren der europäischen Wirtschaft als Ganzes erforderlich sind.

3.2. Hochwertige DAI für alle sind ein Schlüsselelement des europäischen Sozialmodells und haben zudem Einfluss auf die Demokratie und die Einstellung der Bürger gegenüber den Behörden und dem Staat. Der EWSA ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten die nötige Flexibilität und Autonomie brauchen, um öffentliche Dienstleistungen nach ihren eigenen Bedürfnissen und Traditionen organisieren zu können, während gleichzeitig hohe Standards wie universeller Zugang (auf sozialer, physischer und territorialer Ebene), Kontinuität, Zuverlässigkeit, Sicherheit, Bezahlbarkeit, Rechenschaftspflicht, Anpassungsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit sowie langfristige Tragfähigkeit gewährleistet werden müssen.

([3]) Standard-Eurobarometer 101, Frühling 2024.

3.3. Zugängliche und lokal verankerte DAI leisten einen wichtigen Beitrag zur Partizipation, Mitbestimmung und demokratischen Kontrolle sowie zur Stärkung des Vertrauens in die Institutionen. Ein gleichberechtigter Zugang aller zu erschwinglichen grundlegenden Dienstleistungen ist unabdingbar für soziale Gerechtigkeit und den sozialen Zusammenhalt, da DAI zu einem von der Kaufkraft der Nutzer unabhängigen Preis bereitgestellt werden. Wie in der Stellungnahme TEN/772 hervorgehoben wird, ist die Ko-Kreation von DAI ein wirksamer Weg zur Belebung der partizipativen Demokratie und zur Stärkung der europäischen Integration.

3.4. Als eine der wichtigsten DAI ist sicherer, angemessener, barrierefreier und erschwinglicher Wohnraum ein grundlegendes Menschenrecht, ein wesentlicher Aspekt des Wohlergehens und faktisch eine Voraussetzung für alle anderen Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichem) Interesse (DA(W)I). Das Lebensumfeld bildet die Grundlage der Bürgerschaft und soziale Beziehungen.

3.5. Im Bericht über den Stand der digitalen Dekade 2025 wird auf den Reformbedarf der staatlichen digitalen Infrastruktur hingewiesen, um die Abhängigkeit von Dienstleistern aus Drittländern zu verringern und gleichzeitig insbesondere im Bereich der Konnektivität und der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen die Souveränität und Sicherheit der EU zu stärken. Durch Online-Dienste wird zudem die Teilhabe schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen und sozialer Gruppen verbessert. Mit einem angemessen finanzierten unabhängigen Journalismus als wesentliche Infrastruktur für die Demokratie sowie einer ordnungsgemäß überwachten und regulierten Verbreitung und Diskussion von Informationen wird ein Dialog ermöglicht und kann antidemokratischem Extremismus vorgebeugt werden. Der EWSA ist überzeugt, dass die demokratische Gesellschaft unbedingt wieder die Kontrolle über die zur Informationsverbreitung erforderlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen übernehmen muss, wie es in der Vergangenheit bei der Kommunikationsinfrastruktur der Fall war.

3.6. Die Erbringung von DAI trägt maßgeblich zum Ausbau der digitalen Infrastruktur bei, die allen Bürgerinnen und Bürgern einen gleichberechtigten Zugang zu digitalen Netzen und Dienstleistungen ermöglicht. Besonders in ländlichen, dünn besiedelten oder wirtschaftlich schwächeren Regionen, z. B. auf Inseln, erfolgt dieser Ausbau häufig durch die öffentliche Hand oder sozialwirtschaftliche Akteure, da ein rein vom Markt finanzierter wirtschaftlicher Ausbau nicht möglich ist. Die digitale Infrastruktur ist eine Voraussetzung für viele weitere DAI wie eHealth, Online-Unterricht und digitale Verwaltung. Genauso wie für die Landwirtschaft und alle Wirtschaftsakteure. Daher sind die digitalen Netze selbst Teil öffentlicher DAI und unerlässlich für die gesellschaftliche Teilhabe und die wirtschaftliche Entwicklung.

3.7. Der EWSA ruft dazu auf, im Gegensatz zum aktuellen, auf einzelne Bereiche ausgerichteten Vorgehen in der EU-Politik bei den DAI-Maßnahmen einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen. Vor diesem Hintergrund fordert der EWSA die Kommission auf, konkrete Folgemaßnahmen zum Letta-Bericht zu ergreifen und in Anlehnung an den Aktionsplan für die Sozialwirtschaft ([4]) im Zuge der anstehenden Überarbeitung des Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte einen DAI-Aktionsplan zu erarbeiten. Besondere Aufmerksamkeit sollte hierbei der Umsetzung des Grundsatzes 20 der europäischen Säule sozialer Rechte sowie des Konzepts der „Freiheit zu bleiben“ gelten.

3.8. In ihrem richtungsweisenden Bericht über die Lebensqualität und öffentliche Dienstleistungen ([5]) von 2019 verweist die Stiftung Eurofound auf die positive Verbindung zwischen öffentlichen Dienstleistungen und Vertrauen sowie auf den Wert der Bürgerbeteiligung bei der gemeinsamen Gestaltung von Dienstleistungen. Darin werden die anhaltenden Ungleichheiten zwischen Ländern und unterschiedlichen sozialen Gruppen betont. Bei der Erbringung von Dienstleistungen gibt es spürbare Defizite und verschiedene Hindernisse für einen effektiven Zugang. Die Ergebnisse zeigen ein uneinheitliches Bild bei der Qualität der Dienstleistungen, geben aber auch Hinweise darauf, wie eine zufriedenstellendere Unterstützung geboten werden kann. Eurofound hebt hervor, dass die Verbesserung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen entscheidend ist, um die Ziele der europäischen Säule sozialer Rechte zu erreichen.

3.9. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung sollten Erbringer von DAI bei der Organisation dieser Dienstleistungen die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele anstreben. Dies gilt beispielsweise für die Beseitigung von Armut dank Zugänglichkeit und Erschwinglichkeit, die Geschlechtergleichstellung, den Zugang aller zu einer erschwinglichen, zuverlässigen und nachhaltigen Energie-, Wasser- und Sanitärversorgung und gute Arbeitsplätze (einschließlich der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette). Diese Nachhaltigkeitsziele verfügen über eine Dimension der sozialen Gerechtigkeit, die sich auf den Zusammenhalt auswirkt, der wiederum die Demokratie positiv beeinflusst.

3.10. Eine geringe Zufriedenheit ist höchstwahrscheinlich auf eine Desinvestition in DAI infolge der Sparpolitik, den Anstieg der Dienstleistungskosten aufgrund der Marktlogik und unzureichende Investitionen zurückzuführen. Die Daten des Standard-Eurobarometers 101 (Frühjahr 2024) und der von Eurofound durchgeführten Erhebung zur Lebensqualität ([6]) bestätigen, dass in den zwölf EU-Mitgliedstaaten mit höheren Zufriedenheitsraten im Hinblick auf Lebensqualität und Demokratie auch die Zufriedenheit mit der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen größer ist. Daher hält es der EWSA für notwendig, DAI angemessen zu finanzieren und zu verbessern und sie stärker auf die Bedürfnisse der Bürger abzustimmen, um deren Zufriedenheit und Vertrauen in die Demokratie zu erhöhen.

([4]) https://social-economy-gateway.ec.europa.eu/eu-initiatives/seap_en.

([5]) Eurofound, „Challenges and prospects in the EU: Quality of life and public services“, 2019 (https://www.eurofound.europa.eu/en/publications/all/challenges-and-prospects-eu-quality-life-and-public-services#read_publication).

([6]) Eurofound (2024), *Quality of life in the EU in 2024: Results from the Living and Working in the EU e-survey* (https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/2025-01/ef24028en.pdf).

3.11. Mit dem Deal für eine saubere Industrie und dem Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft verfolgt die Kommission die Strategie, eine saubere Industrie und eine Kreislaufwirtschaft zu fördern. Dies ist der Beginn eines Prozesses, bei dem auf die Bedeutung der DAI für die Wirtschaftsstrategie als Ganzes und insbesondere der DAI-Planung und -Ausgaben abgestellt wird.

3.12. Der EWSA hält eine laufende, EU-weite Analyse bewährter Verfahren im Bereich der Dekarbonisierung für erforderlich. Zudem ist ein forschungsbasierter Ansatz zur Bewertung der Rolle und Bedeutung der DAI notwendig, um Daten darüber bereitstellen zu können, inwieweit Erbringer von DAI zu einer nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit in der EU beisteuern. Dies könnte zudem regelmäßig überwacht werden, bspw. über einen Eurostat-Anzeiger.

3.13. Wie der EWSA bereits in früheren Stellungnahmen angemerkt hat, müssen DAI inklusiv, wettbewerbsfähig, hochwertig und erschwinglich sein. Hierfür sind Reformen des Finanz- und Regelungsrahmens erforderlich. Die Finanzierung von DAI ist nicht als Konsumausgaben, sondern als Investition in die Zukunft zu sehen. Um nachhaltige Investitionen in DAI sicherzustellen, sollten DAI im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU vorrangig behandelt und geschützt werden. Dabei ist ihrer strategischen Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit Rechnung zu tragen. Wie das aktuelle Beispiel der Ausnahmeregelung für Verteidigungsausgaben zeigt, ist es möglich, derartige Ausnahmen zu gewähren, was nichts mit dem haushaltspolitischen Spielraum, sondern mit politischem Willen zu tun hat. Da DAI sowohl Teil einer ganzheitlichen Verteidigungspolitik und — unabhängig davon — dringend notwendiger Investitionen zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und Demokratie sein müssen, muss auch hier eine solche Ausnahme möglich sein und unverzüglich vorgesehen werden.

3.14. Instrumente wie der Kohäsionsfonds und der Fonds für einen gerechten Übergang müssen unbedingt gestärkt und ihre langfristige Zukunft gesichert werden. Sie können dazu beitragen, den grünen Wandel voranzutreiben und die DAI zu stärken. Die Mittel des Kohäsionsfonds werden bislang nur für die Beseitigung regionaler Ungleichheiten eingesetzt. Die Kohäsionspolitik muss erweitert werden, um soziale Ungleichheiten anzugehen und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa zu stärken. Die Mittel des Kohäsionsfonds dürfen nicht gekürzt werden, sondern müssen vielmehr erhöht werden. Wenn der Anstieg der Verteidigungsausgaben zulasten der Kohäsionspolitik geht, kann Europa nicht gestärkt werden. Die EU könnte wie während der Pandemie gemeinsam Mittel aufnehmen. Darüber hinaus sollten Ausgaben für den sozialen und regionalen Zusammenhalt mindestens genauso flexibel gehandhabt werden können wie diejenigen in strategischen Bereichen wie der Verteidigung. Dabei ist ihrem wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilität der EU Rechnung zu tragen. Der EWSA spricht sich dafür aus, diese Ausweichklausel im Rahmen eines umfassenderen Konzepts für Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen sowie für DAI anzuwenden, damit wachstumsorientierten öffentlichen Investitionen Vorrang eingeräumt werden kann und eine Konkurrenz zwischen Verteidigungs- und Sozialausgaben vermieden wird.

3.15. Die Binnenmarktfreiheiten sowie das Wettbewerbsrecht, insbesondere auch das Beihilfe- und Vergaberecht, schränken die Gestaltungsfreiheit und Finanzierung bei DA(W)I ein. Die Sonderregelungen im Rahmen des DAWI-Pakets ([7]) müssen gründlich überarbeitet werden. Es bedarf einer klaren Abgrenzung, welche DAI vom Beihilferecht ausgenommen sind. Des Weiteren regt der EWSA an, für bestimmte DAWI wie Wohnbau, Gesundheitswesen oder soziale Dienstleistungen eine höhere Beihilfeintensität und längere Laufzeiten für den Ausgleich der Dienstleistungserbringungen vorzusehen. Zur Förderung des regionalen und europäischen Mehrwerts sollte die Direktvergabe durch Erhöhung der Schwellenwerte sichergestellt und ausgeweitet werden. Im Zuge der Reform im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge sollte der Schwerpunkt hauptsächlich auf Vereinfachung gelegt werden sowie darauf, weitere Anreize für soziale und Nachhaltigkeitskriterien auf der Grundlage der einschlägigen EU-Ziele zu schaffen und den Zugang von KMU zum öffentlichen Auftragswesen zu verbessern, um die europäische Wirtschaft nachhaltiger und inklusiver zu gestalten. Die Vergabe allein aufgrund des preislich niedrigsten Gebots sollte zugunsten eines auf einem angemessenen Preis-Leistungs-Verhältnis beruhenden Systems abgeschafft werden. Ebenso sollten Subunternehmerketten verkürzt und eine Generalunternehmerhaftung vorgeschrieben und damit wichtige Elemente auf europäischer Ebene harmonisiert werden. Außerdem sollte die Laufzeit von Verträgen für soziale Dienstleistungen, die auf drei Jahre begrenzt ist, verlängert werden können, um sowohl den Anbietern als auch den Kunden Planungssicherheit zu geben. Bis zu einem bestimmten Schwellenwert sollten auch interne Systeme zur Vergabe öffentlicher Aufträge erlaubt sein.

3.16. Nicht nur die Finanzierung von DAI ist wichtig, sondern auch die Verfügbarkeit von genügend Fachkräften sowie die Ausbildung und Umschulung von genügend Arbeitskräften. Dies muss auch die Schaffung hochwertiger und produktiver Arbeitsplätze umfassen, unterstützt durch einen wirksamen sozialen Dialog, faire Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen für die im DAI-Bereich und darüber hinaus tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

3.17. Angesichts der Haushaltszwänge vieler Mitgliedstaaten besteht die Gefahr, aufgrund von Wettbewerbs- und Haushaltsproblemen wichtigere Aspekte wie Demokratie, Menschenrechte und Lebensqualität aus den Augen zu verlieren. Diskussionen über die Zukunft der DAI sollten nicht auf den bloßen Finanzialisierungsaspekt begrenzt sein. Es droht die Entstehung eines zweistufigen Systems von DAI, mit einer geringeren Qualität bei grundlegenden Dienstleistungen und einer zahlungspflichtigen schnelleren Erbringung hochwertigerer Dienstleistungen. Diese Marktlogik ist bei nicht essenziellen privaten Dienstleistungen, die nicht zu den DAI zählen, gerechtfertigt. Diese darf aber nicht für öffentliche Dienstleistungen für die Grundversorgung der Bevölkerung und zur Sicherung des sozialen und territorialen Zusammenhalts angewandt werden ([8]).

([7]) Europäische Kommission: DAWI-Paket: https://competition-policy.ec.europa.eu/state-aid/legislation/sgei_en.
([8]) Siehe auch: Michael Sandel: *What Money Can't Buy: The Moral Limits of Markets,* 2013.

3.18. Der wichtige Beitrag, den DAI zum Ausgleich von Einkommens- und Vermögensungleichheiten und zur Stärkung der Demokratie leisten, muss stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Zur Förderung eines konstruktiven Austauschs müssen öffentliche Dienstleister, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die Nutzer die Sichtweisen des jeweils anderen verstehen. Die Beschäftigten könnten in ihrem Engagement bestärkt werden, wenn DAI besser bekannt gemacht würden und ihre Bedeutung für die Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt ausdrücklicher gewürdigt würde. Wenn die Bürger in einem Dialog über die wichtige Arbeit der im DAI-Bereich tätigen Beschäftigten informiert würden, könnte dies die Anerkennung kollektiver Dienstleistungen und des damit verbundenen Einsatzes stärken. Eine Politik der offenen Tür, Schulbesuche und Werbekampagnen haben im Bereich der kommunalen Dienstleistungen bereits positive Ergebnisse gebracht.

3.19. Je stärker die Bürger in Entscheidungen über die öffentlichen Versorgungseinrichtungen und kollektiven Dienstleistungen an ihrem Wohnort einbezogen werden, umso besser ist dies für eine echte partizipative Demokratie und für die künftige Akzeptanz und Bereitschaft der Bürger hinsichtlich eines fairen finanziellen Beitrags (z. B. über Steuern oder Gebühren für Dienstleistungen) für die entsprechenden Dienstleistungen.

3.20. Der EWSA weist nachdrücklich darauf hin, dass Investitionen in Bildung und Forschung unerlässlich dafür sind, die wirtschaftliche Stärke Europas zu erhalten und zugleich den demografischen Wandel (Arbeits- und Fachkräftemangel), den technologischen Fortschritt und die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen. Es muss also in DAI, die öffentlichen Bildungssysteme und die Hochschulbildung sowie Forschung und Innovation (z. B. Horizont Europa) investiert werden, um Europas künftige Wettbewerbsfähigkeit und künftiges Wohlergehen zu sichern.

Brüssel, den 16. Juli 2025

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE